

Kopie an: HH. Stae, R, An, Bg, Sa  
 Herrn Botschafter Heimo, Dienst für Technische Zusammen-  
 arbeit, EPD

Sa/no.220.0  
799.2.2.2

12. März 1975

Vertraulich

Notiz an Herrn Botschafter Jacobi

Zusatzbericht TZ Kredit IDA-  
 Botschaft; Sitzung der radikal-  
 demokratischen Fraktion vom 11.3.1975

Herr Botschafter,

1. Auf Einladung der radikal-demokratischen Fraktion habe ich an der erwähnten Sitzung teilgenommen. Aus Zeitmangel wurde auf ein Exposé meinerseits verzichtet.
2. Die Diskussion, die ziemlich verworren war und knapp 45 Minuten dauerte, beschränkte sich ausschliesslich auf die referendumspolitischen Aspekte. Es ging den Parlamentariern darum, unter allen Umständen zu verhindern, dass Herr Schwarzenbach das Gesetz für seine Nationalratswahlkampagne ausnützen könnte. Alle bereits bekannten Varianten der parlamentarischen Behandlung, die diesem Zweck dienen, wurden nochmals erwogen.  
 Schliesslich gab die Fraktion ihrem Präsidenten die Vollmacht, vor und während der Diskussion alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um zu erreichen
  - a) dass die Schlussabstimmung des Gesetzes um eine Session verschoben wird, mit der Begründung, die Kommission hätte die Anträge des Bundesrates zur Ergänzung des Gesetzes nicht behandelt, oder
  - b) dass die Behandlung der Vorlage, nach Rücksprache mit dem Generalsekretär der Bundesversammlung, auf die nächste Session verschoben wird, mit der Begründung der Ueberlastung der März-Session (offenbar muss auf jeden Fall ein Geschäft wegen Zeitmangel fallengelassen werden), oder
  - c) dass in der Schlussabstimmung während der laufenden Session das Gesetz abgelehnt wird, oder
  - d) dass, sofern das Gesetz vom Nationalrat angenommen wird, der Ständerat eine Differenz zum Nationalrat schafft.
3. Die Parlamentarier waren sich bewusst, dass eine Ablehnung des Gesetzes in den Räten u.U. ein Referendum für die IDA zur Folge haben könnte. Nach Aussagen von Nationalrat Brunner scheint Herr Schwarzenbach ein Referendum nur für die IDA als weniger aussichts-

reich zu halten, weil er es offenbar als schwerer finde, gegen eine konkrete Vorlage anzukämpfen als gegen das Gesetz. Der Entscheid über das Vorgehen bei der IDA soll jedoch erst im Lichte der Abstimmung über das Gesetz gefällt werden. Der Fraktionspräsident erwähnte, dass als letzte Möglichkeit einer Verschiebung der IDA, immer im Sinne eines Verzögerungsmanövers, die Vorlage an den Bundesrat zurückgewiesen werden könnte mit dem Auftrag, eine Kürzung des IDA-Beitrages zu prüfen.

4. Bundesrat Brugger hat in einer kürzlichen Intervention auf die wirtschaftlichen und politischen Probleme einer Verwerfung der Entwicklungsvorlage in einer Volksabstimmung hingewiesen.
5. Die Fraktion hat ihren Präsidenten beauftragt, abzuklären, ob eventuell Bundesrat Brugger bei der Behandlung der Vorlagen im Rat anwesend sein könnte, um die weltwirtschaftlichen Aspekte darzulegen.
6. Mein persönlicher Eindruck nach der Sitzung war, dass eine gezielte Koordination unter den Fraktionen im einen oder andern Sinne während der Ratsbehandlung sehr schwierig oder kaum möglich, und dass das Resultat der Abstimmung stark zufallsbedingt sein wird.

Ja